

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 17. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. Januar 2006, 13:15 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Peter Lehnert (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Anne Lütkes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Günther Hildebrand (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Monika Schwalm (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigter Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Bericht von St Schlie zum aktuellen Stand der Verwaltungsstrukturreform**      **4**

hierzu: Umdruck 16/550

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 13:15 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

**Bericht von St Schlie zum aktuellen Stand der Verwaltungsstrukturreform**

hierzu: Umdruck 16/550

St Schlie weist zu Beginn seines Berichtes darauf hin, dass dem Parlament sein schriftlicher Bericht über die durch die Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ erarbeiteten Vorschläge am kommenden Dienstag zugeleitet werde. In der Kabinettsberatung am Vortag habe es Punkte gegeben, die noch eingearbeitet werden müssten. Es sei der ausdrückliche Wunsch des Kabinetts gewesen, dem Parlament eine vollständige und aktuelle Fassung des Berichtes zuzuleiten.

Er führt aus, da sich konkrete Fragestellungen sehr wahrscheinlich erst nach Vorlage des schriftlichen Berichtes ergäben, wolle er heute in der Sitzung hauptsächlich den Rahmen skizzieren, der den von der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ erarbeiteten Vorschläge zugrunde liege. Als Ziele der Aufgabenkritik nennt er zum einen die „Aufgabe von Aufgaben“ und zum anderen, durch den Abbau oder die Verbesserung von Vorschriften und Verwaltungsverfahren die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Er stellt sodann die wesentlichen Ergebnisse der Projektgruppenarbeit zum Aufgabenverzicht, der Aufgabenverlagerungen auf die kommunale Ebene und auf Dritte sowie zur Prozessoptimierung dar. Einzelheiten sind dem angekündigten schriftlichen Bericht, Umdruck 16/550, zu entnehmen.

St Schlie berichtet, die Landesregierung habe in der gestrigen Kabinettsitzung beschlossen, den schriftlichen Bericht, Umdruck 16/550, der dem Ausschuss in der nächsten Woche zugehen werde, zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Damit werde er zur Grundlage für umfangreiche Arbeitsaufträge, die das Kabinett dem Finanzministerium federführend, aber auch dem Innenministerium für die Projektarbeitsgruppe „Verwaltungsstruktur und Funktionalreform“, zugeleitet habe. Die Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ habe mit dem schriftlichen Bericht lediglich die Grundlage, das Herausarbeiten der Aufgaben, um die es gehe, liefern können. Jetzt sei es Aufgabe des Parlamentes und der Verwaltung, die Vorschläge aufzugreifen und umzusetzen. Ziel der Landesregierung sei es, bis zum

30. Juni 2006 über den ersten Umsetzungsstand in den einzelnen Ressorts berichten zu können. Der Prozess solle noch in diesem Jahr so weit vorangetrieben werden, dass das im Koalitionsvertrag vorgesehene Zieldatum, der 1. April 2007, für die rechtliche Umsetzung eingehalten werden könne.

Abg. Lütkes äußert ihren Unmut, dass den Abgeordneten heute nicht der schriftliche Abschlussbericht vorgelegt werden könne. Im Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung könnten Änderungen relativ schnell eingefügt werden und die E-Mail-Adressen der Fraktionen seien bekannt. Deshalb verstehe sie nicht, warum es nicht möglich gewesen sei, den Abgeordneten den Bericht zur heutigen Sitzung zuzuleiten.

Abg. Schlie verweist auf die sehr weitgehende Kabinettsbesprechung des schriftlichen Berichtes, die dazu geführt hätten, dass an der einen oder anderen Stelle - auch mit der Konsequenz von Folgeänderungen - etwas geändert werden müsse. Das Kabinett habe ihn deshalb gebeten, dem Parlament mitzuteilen, dass der schriftliche Bericht erst in der nächsten Woche zur Verfügung gestellt werden könne. Selbstverständlich werde er dann auch elektronisch verfügbar sein.

Abg. Spoorendonk kritisiert, dass das Parlament zwar in der Pressemitteilung der Landesregierung vom gestrigen Tag habe lesen können, dass der Bericht vom Kabinett zustimmend zur Kenntnis genommen worden sei, der Ausschuss heute aber erfahren müsse, dass es doch lange und hitzige Diskussionen gegeben habe und ohne Vorlage des schriftlichen Berichtes informiert werde. Sie werde vor diesem Hintergrund heute keine Detailfragen stellen, sondern auf die Vorlage des schriftlichen Berichtes warten.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka weist darauf hin, dass die heutige zusätzliche Sitzung anberaumt worden sei, um den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit zu geben, möglichst zeitnah zum Kabinettsbeschluss erste Fragen an die Landesregierung zu stellen.

Abg. Kubicki erklärt, die Informationspolitik der Landesregierung in diesem Verfahren sei nicht zu akzeptieren, vor allem vor dem Hintergrund, dass im Anschluss an die Kabinettsitzung eine Pressemitteilung der Landesregierung herausgegeben worden sei, noch bevor der Landtag informiert worden sei und bei einigen Journalisten der schriftliche Bericht offenbar bereits vorliege. Nach seinem Verständnis müsse das Parlament vor der Öffentlichkeit unterrichtet werden.

St Schlie bittet noch einmal um Verständnis dafür, dass die Landesregierung dem Parlament nur einen schriftlichen Bericht übergeben wolle, der seiner Beschlussfassung insgesamt ent-

spreche. Selbstverständlich stehe er jederzeit für die Beantwortung von Detailfragen aus dem Ausschuss zur Verfügung, wenn der schriftliche Bericht vorliege.

Abg. Lehnert erklärt, er könne die Kritik der Oppositionsfraktionen nachvollziehen, festzustellen sei aber, dass die Verzögerung von St Schlie nicht zu vertreten sei. Er schlägt vor, nach der Vorlage des schriftlichen Berichtes in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses weiter zu beraten.

Abg. Rother zeigt ebenfalls Verständnis für die geäußerte Kritik und ergänzt den von Abg. Lehnert vorgetragenen Verfahrensvorschlag dahingehend, dass sich der Ausschuss nach Kenntnisnahme des Berichtes zunächst darüber unterhalten sollte, in welchem Verfahren er sich mit den Empfehlungen der Projektgruppe beschäftigen wolle.

St Schlie bestätigt Abg. Hildebrand, dass der Abschlussbericht der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ keine direkten Auswirkungen habe, sondern die Grundlage für die von St Lorenz geleitete Projektgruppe „Verwaltungsstruktur und Funktionalreform“ bilden solle.

Abg. Hentschel möchte wissen, ob in dem Bericht der Arbeitsgruppe auch eine Abgrenzung der Aufgaben zwischen Land und Kommunen vorgenommen werde. St Schlie antwortet, die Arbeitsgruppe habe nicht den Auftrag gehabt, Vorschläge für die Verwaltungsebene zu machen, die eine bestimmte Aufgabe erledigen solle. Im Mittelpunkt der Prüfung der Arbeitsgruppe habe lediglich der Auftrag der Überprüfung nach Aufgabenverlagerung, Aufgabenverzicht und Prozessoptimierung gestanden.

Abg. Kubicki erklärt, wenn sich der Ausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen zunächst über sein Verfahren verständigen wolle, sei eine Einschätzung der Regierung, ob man die Diskussion über die Funktionalreform von der Diskussion über die Verwaltungsstrukturreform trennen könne, sinnvoll. Er bittet deshalb um eine Aussage der Landesregierung zu dem vorgesehenen Zeitplan zur Funktionalreform.

Der Vorsitzende möchte wissen, wann genau in der nächsten Woche mit der Vorlage des schriftlichen Berichtes zu rechnen sei und bittet die Landesregierung um die Zuleitung eines detaillierten Zeitplans für ihre weiteren Schritte. Außerdem fragt er, ob die Landesregierung einen großen Gesetzentwurf, sozusagen ein Gesamtpaket, plane oder ob mehrere einzelne Gesetzentwürfe dem Parlament zugeleitet werden sollten.

St Schlie antwortet, er gehe davon aus, dass der schriftliche Abschlussbericht der Projektgruppe „Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ dem Parlament am Dienstag der kommenden Woche elektronisch zur Verfügung gestellt werden könne. Zu den weiteren Fragen führt er aus, vorgesehen sei, einen ersten Teilbereich in einem Verwaltungsmodernisierungsgesetz dem Parlament noch vor der Sommerpause vorzulegen. Parallel dazu bestehe die Notwendigkeit, aus den Ressorts heraus auch in vielen Einzelbereichen entsprechende Gesetzentwürfe vorzulegen. Er gehe davon aus, dass er dem Ausschuss in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium eine Übersicht über den Zeitrahmen der Landesregierung zuleiten könne, in der die geplanten Abläufe aus der Sicht der Landesregierung dargestellt seien.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 14:05 Uhr.

gez. Werner Kalinka  
Vorsitzende

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin